

Stand: 08.02.2026 15:18:15

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/16772

"Einheitlicher ermäßiger Umsatzsteuersatz für das Hotel- und Gaststättengewerbe"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/16772 vom 09.05.2017
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/18205 des HA vom 13.07.2017
3. Beschluss des Plenums 17/18298 vom 27.09.2017
4. Plenarprotokoll Nr. 111 vom 27.09.2017



Antrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Jutta Widmann, Bernhard Pohl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Einheitlicher ermäßiger Umsatzsteuersatz für das Hotel- und Gaststättengewerbe

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, zu berichten, ob sie noch hinter den Ankündigungen, Aussagen und Argumenten aus dem Jahre 2009 von Seiten des Ministerpräsidenten Horst Seehofer und der heutigen Staatsministerin für Arbeit und Soziales, Familie und Integration und damaligen Staatsministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten Emilia Müller steht, dass sich die Staatsregierung für eine Reduzierung des Mehrwertsteuersatzes im Gaststättengewerbe einsetze.

Ferner wird die Staatsregierung aufgefordert, erneut eine Bundesratsinitiative einzubringen mit dem Ziel, die Leistungen im Hotellerie- und Gaststättengewerbe einheitlich mit dem ermäßigten Umsatzsteuersatz (Mehrwertsteuersatz) von derzeit 7 Prozent zu besteuern.

Begründung:

In vielen europäischen Ländern gilt bereits heute ein reduzierter Mehrwertsteuersatz für das Hotel- und Gaststättengewerbe. Um im wirtschaftlichen Wettbewerb mit Nachbarländern wie Österreich oder Tschechien Stand zu halten, darf Deutschland seine Betriebe nicht mit hohen Steuersätzen unzumutbar beeinträchtigen. Mittelfristig sorgt eine ermäßigte Mehrwertsteuer zu steigenden Investitionen in die Qualität der gastronomischen und touristischen Betriebe, was zu mehr Umsatz und damit auch zu höheren Gewerbe- und Umsatzsteuerzahlungen führt. Ein einheitlicher Mehrwertsteuersatz von 7 Prozent für die Gastronomie (vgl. auch Drs. 16/1134, 17/5096 und 17/6218;

Anträge der Fraktion FREIE WÄHLER) ist ein sinnvoller Weg hin zu fairen Wettbewerbsbedingungen und steigenden Investitionen der heimischen Gastronomiebetriebe. Letzteres zeigen Studien in Zusammenhang mit der Absenkung der Mehrwertsteuer im Hoteltgewerbe deutlich.

Der allgemeine Steuersatz beträgt gem. § 19 Abs. 2 des Umsatzsteuergesetzes (UStG) 19 Prozent der Bemessungsgrundlage. Für bestimmte Lieferungen und Leistungen ermäßigt sich dieser allgemeine Steuersatz gemäß § 12 Abs. 2 UStG auf derzeit 7 Prozent, dies sind z.B. Lebensmittel, Trinkwasser aus der Leitung (nicht jedoch Tafel-/Mineralwasser), Bücher und Zeitungen (nicht aber E-Books und elektronische Zeitungen), Kunstgegenstände, Personenbeförderung in bestimmten Fällen, Hotelübernachtungen (seit 1. Januar 2010) oder Zirkusvorführungen. Dabei gibt es eine ganze Reihe nur schwer nachvollziehbarer und konfuser Unterschiede. Für das Lebensmittelhandwerk und den Lebensmitteleinzelhandel gilt der ermäßigte Steuersatz von 7 Prozent, für gastronomische Dienstleistungen gilt in der Regel der volle Steuersatz von 19 Prozent. Ausnahmen gibt es beim Catering, wenn es sich um eine reine Anlieferung von Speisen handelt. Kommen weitere Dienstleistungen dazu, wie z.B. Mehrweggeschirr muss für das gesamte Catering der volle Umsatzsteuersatz von 19 Prozent gezahlt werden. Für die Verpflegung in Schulmensen, Kindertagesstätten, Altersheimen und Kliniken gilt der volle Steuersatz. Studenten an der Uni kommen mit nur 7 Prozent Steueraufschlag günstiger weg. Das System aus Steuervergünstigungen ist unübersichtlicher und widersprüchlicher denn je. Dies gilt insbesondere durch die seit dem 1. Januar 2010 hinzugekommene Unterscheidung zwischen Beherbergung und Bewirtung. Eine einheitliche Besteuerung aller Leistungen in der gesamten Hotel- und Gastronomiebranche würde eine deutliche Vereinfachung für Unternehmen und Behörden bewirken. Dies fordern die FREIEN WÄHLER im Landtag seit Langem.

Die Staatsregierung hat sich bereits im Jahr 2009 für einen ermäßigten Umsatzsteuersatz im Hotel- und Gaststättengewerbe ausgesprochen und diesbezüglich am 6. April 2009 einen Antrag in den Bundesrat eingebracht (BR-Drs. 300/09). Neben Ministerpräsident Horst Seehofer („Deswegen sagen wir, und dafür stehe ich, dass wir die 7 Prozent wollen“) hat sich unter anderem auch die heutige Staatsministerin für Arbeit und Soziales, Familie und Integration und damalige Staatsministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten Emilia Müller für reduzierte Umsatzsteuersätze für die Gastronomie in Deutschland ausge-

sprochen: „Wer es anderen EU-Staaten gestatten will, ihre Umsatzsteuersätze auf Restaurantrechnungen zu senken, diese Möglichkeit aber für Deutschland aus-

schließt, schadet unseren Gastronomiebetrieben, die in einem intensiven Wettbewerb mit den Nachbarländern stehen.“



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

**Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Jutta Widmann u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)**
Drs. 17/16772

**Einheitlicher ermäßiger Umsatzsteuersatz für das Hotel- und
Gaststättengewerbe**

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Bernhard Pohl**
Mitberichterstatter: **Wolfgang Fackler**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 157. Sitzung am 31. Mai 2017 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: 9 Ablehnung, 1 Enthaltung
SPD: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie hat den Antrag in seiner 70. Sitzung am 13. Juli 2017 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Ablehnung
SPD: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Peter Winter
Vorsitzender



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Jutta Widmann, Bernhard Pohl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 17/16772, 17/18205

Einheitlicher ermäßiger Umsatzsteuersatz für das Hotel- und Gaststättengewerbe

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 2:**

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen.

(Einzelne Abgeordnete heben die Hand)

– Können wir vielleicht bitte abstimmen? Ich bitte um das Handzeichen. – Danke schön. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Wolfgang Fackler, Eberhard Rotter, Karl Freller u.a. CSU
Planungsmittel für Bundesfernstraßen
Drs. 17/16472, 17/18203 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

2. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD
Nachhaltiger Pflanzenschutz in Bayern Teil I – Anpassung der Agrarumweltmaßnahmen zur Pestizidminimierung
Drs. 17/16509, 17/17781 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

3. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD
Nachhaltiger Pflanzenschutz in Bayern Teil II –
Installation eines verpflichtenden Gewässerrandstreifens auf Ackerflächen
Drs. 17/16510, 17/17782 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> B	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> ENTH

4. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD
Nachhaltiger Pflanzenschutz in Bayern Teil III –
Verbesserung der Umweltprüfung im Rahmen der Zulassung von
Pflanzenschutzmitteln
Drs. 17/16511, 17/17783 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> B	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/> B

5. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD
Nachhaltiger Pflanzenschutz in Bayern Teil IV –
Branchenfinanziertes Umweltlabel für extensiv erzeugte pflanzliche
Nahrungsmittel entwickeln
Drs. 17/16512, 17/17784 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> B	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> A

6. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD
Nachhaltiger Pflanzenschutz in Bayern Teil V –
Bundesweites Monitoring zu Rückständen von Pflanzenschutzmitteln in
Kleingewässern
Drs. 17/16513, 17/17785 (A)

Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER gem. § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:
Votum des mitberatenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Georg Rosenthal, Hans-Ulrich Pfaffmann,
Inge Aures u.a. SPD
Mögliche Folgen eines EU-Austritts von Großbritannien für Bayern
Drs. 17/16612, 17/17723 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Angelika Weikert, Doris Rauscher,
Ilona Deckwerth u.a. SPD
Gut integrierten Flüchtlingen Sicherheit geben – Bleiberechtsoptionen aufzeigen
Drs. 17/16651, 17/18194 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Bernhard Roos,
Natascha Kohnen u.a. SPD
Struktur der Förderprogramme in Bayern evaluieren und verschlanken
Drs. 17/16656, 17/18204 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Angelika Schorer, Dr. Otto Hünnerkopf,
Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU
Düngerecht praxisgerecht und gewässerschonend umsetzen
Drs. 17/16720, 17/17786 (G)

Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER gem. § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:
Votum des mitberatenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Jutta Widmann u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Einheitlicher ermäßiger Umsatzsteuersatz für das Hotel- und
Gaststättengewerbe
Drs. 17/16772, 17/18205 (A)

Antrag der CSU-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:
Votum des mitberatenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD
Länderspezifische Möglichkeiten zur Ausgestaltung der Düngeverordnung
in Bayern Teil I – Klarheit zu den technischen Vorgaben zur Ausbringung
von organischen Düngemitteln
Drs. 17/16816, 17/17787 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/> ENTH

13. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD
Länderspezifische Möglichkeiten zur Ausgestaltung der Düngeverordnung
in Bayern Teil II – Schutz unseres Grundwassers und der Oberflächengewässer
und Klarheit für die künftigen „roten Gebiete“
Drs. 17/16817, 17/17788 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Die Situation der Berufsfischer vom Bodensee
Drs. 17/16819, 17/17789 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Heilpraktikergesetz reformieren!
Drs. 17/16846, 17/18198 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

16. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Umsetzung und Bilanz der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie
Drs. 17/16964, 17/17766 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Qualität der BAMF-Verfahren sichern
Drs. 17/16984, 17/18201 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Gudrun Brendel-Fischer, Jürgen Baumgärtner u.a. CSU Familienzuschlag bei der Finanzierung von Kinderhospizen durch die Krankenkassen
Drs. 17/16998, 17/18199 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

19. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Florian von Brunn, Klaus Adelt u.a. und Fraktion (SPD)
Biodiversitätsziele endlich ernst nehmen und das bayerische Biodiversitätsprogramm mit Leben füllen!
Drs. 17/17013, 17/17767 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht zur Arzneimittelsicherheit in Bayern
Drs. 17/17174, 17/18200 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

21. Antrag der Abgeordneten Klaus Steiner, Dr. Franz Rieger, Karl Freller u.a. CSU
Kommunen bei der Entwicklungszusammenarbeit unterstützen
Drs. 17/17202, 17/18207 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

22. Antrag der Abgeordneten Helga Schmitt-Büssinger, Harry Scheuenstuhl, Isabell Zacharias u.a. SPD
Erweiterung der Hochschule Ansbach
Drs. 17/17291, 17/17822 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

23. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Isabell Zacharias, Martina Fehlner u.a. und Fraktion (SPD)
Mögliche Missstände im Haus der Kunst
Drs. 17/17548, 17/17823 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

24. Antrag der Abgeordneten Petra Guttenberger, Dr. Florian Herrmann, Josef Zellmeier u.a. CSU
Bewährtes Schutzmaß erhalten – Überreglementierung vermeiden!
Drs. 17/17451, 17/17764

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

der empfiehlt, den Antrag für erledigt zu erklären